

## Leserbriefe

Dreigliedriges  
Schulsystem hat  
sich bewährt

Zum Bericht „Schulbetrieb in der Entwicklungsphase“ (29.10.):

Bildungsbewusste Eltern werden in Zukunft, wenn die grün-rote Regierung unser bis dato hervorragendes Bildungssystem umbaut, ihre Kinder rasch aus der Gemeinschaftsschule herausnehmen, ob es Schulgeld kostet oder nicht. Verwunderlich ist, dass nicht schon längst die Eltern protestieren, die das erfolgreiche dreigliedrige Schulsystem für gut halten und ihre Kinder auf die ihnen angemessene Schulart schicken wollen. Jede Schulart hat ihren eigenen Bildungsauftrag. Das Gymnasium soll dabei zur Studierfähigkeit führen.

Die Schularten werden eingebettet, unser Land wird auf das schlechte Niveau der Stadtstaaten fallen, wenn es, wie in Stuttgart derzeit konzipiert wird, zu folgenden gravierenden Änderungen kommt: Einheitslehrer- und -ausbildung, Einheitsbildungspläne für alle Schularten, Abschaffung der Grundschulpflicht, fachwissenschaftliche Ausbildung der Gymnasiallehrer an der PH. Es geht darum, das Gymnasium als eigenständige Schulform abzusichern. Und damit auch einen Unterricht, der auf hohem Niveau, angepasst an das Leistungsvermögen der Jugendlichen, auf die Hochschulen vorbereitet.

Wenn dann die Schülerzahlen in einer Klasse auf 24 beschränkt wären und zum Teil zwei Lehrkräfte in einer Klasse unterrichten könnten (siehe Amtzell), hätten die Schüler aller Schularten bessere Lernbedingungen. Und nicht nur die an Gemeinschaftsschulen. Die Gymnasien könnten noch besser ausgebildete Absolventen an Universitäten, Hochschulen und Meisterschulen entsenden. Individuelles Lernen würde dadurch auch am Gymnasium erleichtert, an dem natürlich alle modernen Unterrichtsformen seit langem etabliert sind. Wer anderes behauptet, hat wohl seit Jahrzehnten keine Schule mehr von innen gesehen.

Winfried Kapp, Vogt

Zu unkritisch  
gegenüber USA

Zum Interview mit Ex-US-Präsident Jimmy Carter („Angriff gegen Iran wäre großer Fehler“ / 5.11.):

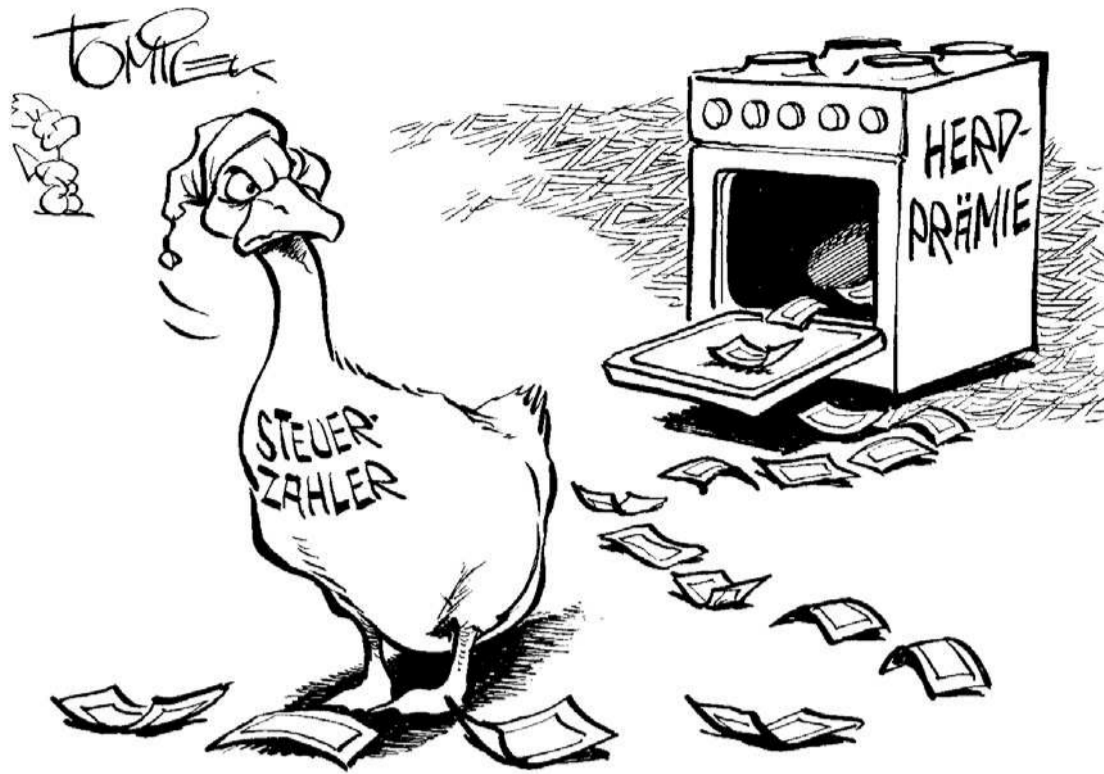
Sowohl Jimmy Carter als auch die interviewenden Journalisten machen es sich sehr einfach, was das Dilemma in Nahost betrifft. Ihre These: Israel ist an allem schuld und hat sich gefälligst zu benehmen. Ja, es ist sehr leicht, vom bequemen Sessel aus solche Urteile zu fällen.

Was jedoch interessant ist: Sie trauen sich nicht, eine US-amerikanische Intervention in der Straße von Hormus zu hinterfragen. Carters Aussage, im Falle einer iranischen Blockade „hätten unsere Luftwaffe und Marine doch immer noch Möglichkeiten, die Blockade aufzulösen“, bleibt gänzlich unkomentiert. Sobald die eigenen Interessen in Gefahr sind, ist den USA auf einmal wieder alles erlaubt, und die Medien haben nicht den Mut, derlei Absichtserklärungen zu hinterfragen. Kritische und unabhängige Berichterstattung beziehungsweise Interviewführung scheint vor dem „Idol“ Carter in die Knie zu gehen.

Johannes Würster, Laichingen

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**  
wir freuen uns über Ihre Briefe. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass wir für die Veröffentlichung eine Auswahl treffen und uns auch Kürzungen vorbehalten müssen. Leserbriefe stellen keine redaktionellen Beiträge dar. Anonyme Zuschriften können wir nicht veröffentlichen.  
**Schwäbische Zeitung**  
Rudolf-Roth-Str. 18  
88299 Leutkirch  
Fax-Nr. 07561 / 80 134  
Leserbriefe@schwaebische-zeitung.de

Ihre Redaktion



Martinsgans

## Interview

## „Die Anklage gegen Zschäpe ist mutig“

Der Tübinger Rechtsprofessor Jörg Kinzig über den Prozess gegen die NSU-Terrorzelle

**LEUTKIRCH** - Die Bundesanwaltschaft hat im Prozess gegen den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) Anklage gegen die mutmaßliche Rechtsterroristin Beate Zschäpe erhoben. Der Vorwurf unter anderem: Mittäterschaft bei zehn Morden. Der Tübinger Rechtsprofessor Jörg Kinzig unterstützt im Interview mit unserem Mitarbeiter Volker Strähle die Anklage - auch wenn er in einigen Punkten Zweifel hat.

**SZ: Zschäpe ist als Mittäterin angeklagt. Ist das juristisch gedeckt, sie hat doch niemanden erschossen?**  
Kinzig: Mittäterschaft setzt einen gemeinsamen Tatplan und eine gemeinsame Tatausführung voraus. Ein Mittäter in einem Mordfall muss nicht selber getötet haben - er muss zur Tat wesentlich beigetragen haben. Eine reine Mitwisserchaft reicht nicht aus: Wenn Zschäpe zwar von den Mordtaten gewusst, aber nicht daran mitgewirkt hat, kann sie auch nicht als Mittäterin verurteilt werden.

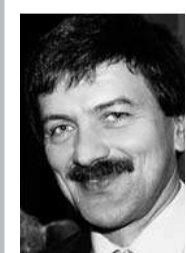
**SZ: Ist die Begründung der Bundesanwaltschaft gerechtfertigt?**  
Kinzig: Die Bundesanwaltschaft hat eine schöne Formulierung gewählt: Die angeschuldigte Zschäpe sei bei wertender Betrachtung genauso für die terroristischen Verbrechen des NSU verantwortlich wie Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Das heißt: Eine Gesamtschau der verschiedenen Beiträge, die Zschäpe geliefert hat, macht sie

für die Taten mitverantwortlich. Sie soll die Logistik der Gruppe organisiert, Wohnmobile angemietet und Zeitungsartikel der Taten archiviert haben. Die Bundesanwaltschaft führt auch an, dass die Angeeschuldigte Zschäpe dem Trio einen Anschein von Normalität und Legalität gegeben habe. Das hätte sie aber auch tun können, ohne von den Taten zu wissen.

**SZ: Ist die Anklage also wackelig?**  
Kinzig: Die Anklage ist als mutig anzusehen. Ich denke aber, sie geht in Ordnung. Nun müssen vor Gericht Beweise geliefert werden. Es ist möglich, dass die Mittäterschaft Zschäpes nicht bei allen zehn Tötungsdelikten nachgewiesen werden kann, sondern nur bei einem Teil.

**SZ: Es gibt enorme Erwartungen von Seiten der Öffentlichkeit an**

## Experte für Banden



Der Strafrechtler Jörg Kinzig (Bild: sz) ist Direktor des Instituts für Kriminologie an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Der 49-Jährige ist insbesondere Experte im Bereich der Organisierten Kriminalität.

**den NSU-Prozess. Werden wir ein politisches Prozess erleben?**  
Kinzig: Das Gericht wird versuchen, ein ganz normales Strafverfahren zu führen. Es darf sich von Erwartungen von außen nicht in seiner Arbeit beeinflussen lassen.

**SZ: Welche Unterschiede sehen Sie zu den Prozessen gegen die RAF-Terroristen?**

Kinzig: Die RAF-Verfahren waren davon geprägt, dass die Angeklagten sie als politische Prozesse angesehen haben. Sie haben ja eine Art Störungsstrategie gefahren. Sie versuchten, das Gericht lächerlich zu machen. Das kann man sich bei einer schweigenden Angeklagten erstmal nicht vorstellen.

**SZ: Was macht die Besonderheit des NSU-Verfahrens aus?**

Kinzig: Eine Eigenart des Verfahrens ist, dass das NSU-Trio aufgrund rechtsterroristischer Motive gehandelt haben soll, sich aber bis zuletzt nicht zu den Taten bekannt hat. Das ist man von Terrorgruppen so nicht gewohnt. Eigenartig ist auch, dass sich Zschäpe zwar gestellt, aber keine Aussage gemacht hat - auch nicht zu ihren Motiven.

**SZ: Ist der NSU also gar keine terroristische Vereinigung?**

Kinzig: Zu diesem Punkt liefert die Bundesanwaltschaft auch etwas: Ziel des NSU sei es gewesen, dass die Angehörigen bestimmter Bevölkerungsgruppen Deutschland aus Angst um ihre Sicherheit ver-

lassen. Das Problem an dieser Argumentation: Die rechtsterroristische Motivation wurde ja erst bekannt, als der NSU aufgefliegen war. Die Bundesanwaltschaft behauptet deshalb, dass das Trio bewusst dieselbe Schusswaffe eingesetzt habe, damit ihre Taten als einheitliche Mordserie erkannt werden. Man fragt sich: Warum hat es dann kein Bekennerschreiben gegeben? Und die Tötung der Polizistin passt auch nicht so recht in dieses Muster.

**SZ: Wie wichtig ist es denn, dass Zschäpe doch noch redet?**

Kinzig: Indizienprozesse sind ja nichts Ungewöhnliches. Personen werden verurteilt, ohne eine Aussage gemacht zu haben. Die Angehörigen der Opfer und die Bevölkerung haben natürlich ein großes Interesse, die Hintergründe der Taten zu erfahren. Das ist aber nicht die erste Aufgabe eines Strafverfahrens. Durch eine Aussage von Zschäpe könnte das Verfahren jedoch erheblich abgekürzt werden.

**SZ: Kommt für Zschäpe die Kronzeugenregelung in Betracht - ein Strafnachlass gegen Aussage?**

Kinzig: Das wäre sicher eine Option, wenn Zschäpe durch ihre Aussage dazu beiträgt, dass schwere Straftaten über ihren eigenen Tatbeitrag hinaus aufgedeckt werden. Bislang kennen wir ja nur das Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft. Selbstverständlich ist es möglich, dass Frau Zschäpe einiges mehr zu sagen hat.

## Kommentar

Von Klaus Nachbaur

## Friedman hat sich verrannt

Der streitbare jüdische Publizist Michel Friedman beklagt, Rassismus und Antisemitismus seien in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Friedman hat die Pannenserie bei der Aufklärung der NSU-Morde in diesen Kontext gestellt. Er hat die Schriftsteller Martin Walser und Günter Grass in denselben Kontext gestellt. Eine merkwürdige Kombination? Ja, eine sehr merkwürdige. Und eine gefährliche.

Friedman bringt die falschen Belege für seine These - und er entkräftet sie dadurch. Es ist sehr wohl des Nachdenkens und der permanenten Kontrolle wert, wohin diese Gesellschaft in ihrer Mitte steuert. Rassistische Tendenzen gab es und gibt es, antisemitische

ebenso. Aber die NSU-Mörder stehen nicht für die Mitte der Gesellschaft, sondern für ihren Abgrund. Und Grass mag ein literarisch plumpes, politisch naives Gedicht zur Rolle Israels geschrieben haben - ein Antisemit ist er deswegen nicht. Martin Walser hat vor Jahren eine provokante Rede in der Paulskirche gehalten - eine Steilvorlage für echte oder vorgetauschte Missverständnisse. Ein Antisemit ist Walser nicht.

Friedman hat sich verrannt. Oder wollte er nur provozieren? Jedenfalls: Die Art von Diskussion über Rassismus und Antisemitismus, die der Gesellschaft gut täte, hat er eher abgewürgt als angeregt.

© k.nachbaur@schwaebische.de

## Pressestimmen

## Lernkurve zu flach geblieben

Zur Verabschiedung des griechischen Sparpakets schreibt die liberale Wiener Zeitung Der Standard:

„Kaum jemand im Parlament in Athen hat bei der Abstimmung über das Sparpaket wohl an den Sinn dieser Maßnahmen geglaubt. Zu Recht: Griechenlands Schulden seien nicht tragbar, gab zur selben Zeit Währungskommissar Olli Rehn in Brüssel zu. Der Weg zum Schuldenabbau, den das Sparpaket vorzeichnen will, ist Fiktion. Die Sparmaßnahmen sind zudem konzentriert auf 2013, nicht etwa gestreckt. Damit nicht genug: Mit ihrem Beharren auf Arbeitsmarktreformen nahm die Troika die Auflösung von Samaras' Drei-Parteien-Koalition in Kauf. Ist die Lernkurve auch flach geblieben, so mag die Vertrauenskurve nun steigen. Nach dem Votum für das Sparpaket ist die Bereitschaft vielleicht größer, Athen einen zweiten Schuldenschnitt zu erlauben. Ob die Griechen derweil den Weg in die Verelendung hinnehmen, ist eine andere Frage.“

## Obama nicht hart genug

Zum Verhältnis zwischen den USA und Israel nach der Wiederwahl Barack Obamas heißt es in der niederländischen Zeitung De Telegraaf:

„Seltsamerweise herrscht die größte Enttäuschung über Obamas Wiederwahl bei Amerikas treuestem Verbündeten im Nahen Osten: Israel. Natürlich hat Regierungschef Netanjahu dem Präsidenten persönlich gratuliert, doch in seinem Innersten dürfte er bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses geflücht haben. Netanjahu hatte auf seinen alten Freund Romney gesetzt. Nun muss der Premier, wenn er im Januar erwartungsgemäß wiedergewählt wird, auf Obama vertrauen, sollte er die Konfrontation mit dem Iran angehen. Doch die beiden kommen nicht gut miteinander aus. Netanjahu wirft Obama vor, nicht hart genug gegen die nuklearen Bestrebungen Teherans vorzugehen. Und der Präsident hat seinerseits das Gefühl, dass Netanjahu die USA in einen Krieg manövrieren will.“

## Reformen sind notwendig

Die Dernières Nouvelles d'Alsace aus Straßburg hinterfragen anlässlich des Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas die soziale und politische Lage in dem Land:

„China hat geschickt von seinen niedrigen Löhnen und der beachtlichsten Schwäche seiner Währung profitiert, um sich einen Platz an der Sonne zu verschaffen. Der Preis dafür sind riesige soziale Ungerechtigkeiten. China erntet aber auch den Lohn für eine kollektive Dynamik und eine Arbeitsleistung, die viele Länder inspirieren sollten. Wenn das Land seinen Aufstieg fortsetzen will, ohne sich selbst zu schaden, darf es aber die Reform seines politischen Systems nicht mehr auf die lange Bank schieben. Sein Ruf kann dadurch nur gewinnen. Sonst könnte die Lähmung weiter zunehmen - und parallel dazu die Korruption der Eliten, die wie ein Wundbrand um sich greift.“

## Zitat des Tages

„Man muss sie gnadenlos bekämpfen und aus dem Verkehr ziehen.“



Der Sportdirektor des VfB Stuttgart, Fredi Bobic (Foto: dpa), zu den Krawallmachern beim 2:0 in der Europa League gegen den FC Kopenhagen

## Walser weist Vorwürfe zurück

Friedman wirft dem Schriftsteller Antisemitismus vor

**ÜBERLINGEN** (dpa) - Der Schriftsteller Martin Walser (85) hat Antisemitismus-Vorwürfe des jüdischen Publizisten Michel Friedman scharf zurückgewiesen. „Ich kann mir überhaupt nicht denken, worauf sich Herr Friedman bezieht. Ich habe niemals ein Pamphlet oder Gedicht zu diesem Thema verfasst“, sagte Walser. „Sollte er das nicht widerrufen, werde ich ihn wegen Beleidigung verklagen.“

Friedman (56) hatte Walser sowie seinem Kollegen Günter Grass (85) in einem Zeitungsinterview Antisemitismus und Rassismus vorgeworfen. „Früher hat der Spießbürger seinen Rassismus und Antisemitismus in verruchten Hinterzimmern ausgetobt. Mittlerweile macht er das beim Champagner-Empfang oder verfasst - wie Martin Walser und Günter Grass - Pamphlete in Rede- oder Gedichtform“, sagte Friedman dem Kölner Stadt-Anzeiger.

Literaturnobelpreisträger Grass war in jüngster Zeit vor allem wegen

eines Israel-kritischen Gedichts zum Iran-Konflikt ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Das Gedicht „Was gesagt werden muss“ hatte auch bei jüdischen Organisationen Entrüstung ausgelöst. Grass war bislang nicht zu einer Stellungnahme zu erreichen.

Friedman prangerte im Gespräch mit der Zeitung zudem eine „Entscheidung in der Mitte der Gesellschaft“ an. Er verwies unter anderem auf den Rechtsterror der NSU. Rassisten und Antisemiten agierten heute „unverschämter, sie sind lauter und sichtbarer“, so Friedman.

Über Walsers Androhung einer Klage zeigte sich Friedman irritiert: „Meine Kritik an Martin Walser bezieht sich auf seine Friedenspreisrede in der Frankfurter Paulskirche 1998, in der er im Zusammenhang mit dem Holocaust-Gedenken von ‚Moralkeule‘ sprach und damit antisemitische Klischees bediente“, sagte Friedman. Von Walsers literarischen Werken habe er ausdrücklich nicht gesprochen.